



## Filz im Wirtschaftsministerium

Filz und Vetternwirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium: In einer aktuellen Stunde des Bundestages hat die CDU/CSU-Fraktion Minister Robert Habeck aufgefordert, seinen Staatssekretär Patrick Graichen zu entlassen. Denn Graichen steht nicht nur im Mittelpunkt einer Personalaffäre, sondern hat auch eine Reihe von Gesetzen zu verantworten, die entweder handwerklich schlecht gemacht sind oder die Menschen überfordern – wie zuletzt das Gesetz zum Heizungsausch.

Habeck und Graichen mussten zuvor in den Bundestagsausschüssen für Wirtschaft und Klimaschutz Rede und Antwort stehen. Die Unionsfraktion bedauerte in der aktuellen Stunde, dass Habeck nicht die Gelegenheit genutzt habe, reinen Tisch zu machen. Graichen in den einseitigen Ruhestand zu versetzen – das wäre die richtige Entscheidung gewesen. Stattdessen glaube der Minister, es handele sich bei seinem Staatssekretär um einen „verbeamteten Superman“.

Die CDU/CSU nahm auch das vermurkste Gesetz zur Wärmewende auseinander, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie den Mittelstand in Existenzängste treibt. Die Umsetzung des Gesetzes sei weder technisch machbar noch für die Menschen finanzierbar und werde übers Knie gebrochen. „Diese Clique“ im Wirtschaftsministerium, die familiär und freundschaftlich verbandelt ist, habe sich abgeschottet und schlage den Rat von Fachleuten in den Wind, warnte die Union.

Die CDU/CSU will stattdessen eine Wärmewende auf freiwilliger Basis. Das funktioniert, wenn es gute Anreize gibt – zum Beispiel Abwrackprämien für alte Heizungen und Steuerrabatte für die energetische Sanierung von Häusern. „Fordern und Fördern“ lautet das Motto und nicht „Verbieten und Verordnen“. Die Unionsfraktion will außerdem Technologieoffenheit: das heißt, nicht alles auf die eine Karte, die Wärmepumpe, setzen, sondern auch Biomasse und Wasserstoffe, Abwärme und Geothermie nutzen.

Zu guter Letzt setzt die CDU/CSU auf marktwirtschaftliche Lösungen. Über den CO<sub>2</sub>-Preis lässt sich die Wärmewende gut steuern – natürlich mit einem sozialen Ausgleich für diejenigen, die sich eine neue Heizung nicht einfach so leisten können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte zudem Habeck auf, sich an den eigenen Ansprüchen seiner Partei für „saubere und transparente Politik“ messen zu lassen.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz forderte Habeck dazu auf, seinen Staatssekretär zu entlassen. Wenn der Wirtschaftsminister nicht die Kraft dazu habe, dann müsse der Kanzler sich vom Wirtschaftsminister trennen, sagte Merz. Einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Filzes schloss er ebenfalls nicht aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



nach monatelangem Zögern und Zaudern hat Bundeskanzler Scholz endlich die Ministerpräsidenten zur aktuellen Migrationskrise eingeladen. Und das erst jetzt, obwohl in den ersten vier Monaten des Jahres bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt wurden und zusätzlich über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden haben. Die Zahl der Asyl-Zuwanderer aus dem Rest der Welt ist seit Monaten auch deutlich größer als die Zahl von Neuankömmlingen aus der Ukraine.

Die nun vereinbarte einmalige Erhöhung der Flüchtlingspauschale für 2023 um eine Milliarde Euro kann allenfalls ein erster Schritt sein und wird der Belastungssituation vor Ort nicht gerecht. Die weiteren Maßnahmen, die Scholz zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Nur der Bund hat es in der Hand, den irregulären Zuzug nach Deutschland zu begrenzen. Hierfür finden sich kaum Maßnahmen des Bundes, die unmittelbar und kurzfristig wirken, sondern vor allem Aufträge an die Länder und Verweise nach Brüssel, die ausschließlich auf dem Prinzip Hoffnung fußen. Das Paket enthält viele Vorschläge, die noch langwierig verhandelt werden müssen, deren (Miss-)Erfolg erst in Jahren feststeht und bei denen unklar ist, ob alle drei Koalitionspartner der Ampel sie überhaupt mittragen werden. Insofern bleibt die Frage, wie ernst die Bundesregierung es mit diesen Vorschlägen meint. Fakt ist: in 16 Jahren CDU-geführter Bundesregierung waren es unsere Koalitionspartner (SPD und auch FDP), die in Sachen Begrenzung und Rückführung von Menschen ohne Asylgrund Vorschläge des Bundesinnenministeriums ausgebremst, blockiert und verwässert haben. Wie eine Regierung aus diesen beiden Parteien plus den Grünen nun eine wirksame Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung ins Werk setzen will, dürfte nicht nur mir ein Rätsel sein.

Für die aktuelle Situation gilt jedenfalls: Wenn allen klar ist, dass weder die Länder noch die Kommunen die Asyl-Zuwanderung nach Deutschland steuern können, sondern nur der Bund, dann muss die Hilfe an die Kommunen unbedingt an die Zahl der Zugewanderten geknüpft werden. Sonst setzt die Berliner Ampel-Regierung ihre verfehlte Politik einfach weiter fort und reicht die steigenden Kosten an Länder und Kommunen weiter. Wir müssen deshalb bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber mehr erreichen und auch den Schutz der europäischen Grenzen gegenüber illegaler Migration endlich effektiver machen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## Union hat für Verbesserungen des Hinweisgeberschutzgesetzes gesorgt

Unnötige bürokratische Belastungen werden verhindert

Der Bundestag beriet am Donnerstag die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Hinweisgeberschutzgesetz. Dazu erklären der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings, und der zuständige Berichterstatter Martin Plum:



**Günter Krings:** „Der im Vermittlungsausschuss gefundene, gute Kompromiss greift die berechtigten Bedenken der Wirtschaft auf, stärkt den Betriebsfrieden und enthält wesentliche Verbesserungen – ohne dass der Hinweisgeberschutz beeinträchtigt wird. Die Änderungen, die aufgrund der Intervention der Union zustande gekommen sind, zeigen, dass ein guter Schutz von Hinweisgebern nicht mit unnötigen bürokratischen Belastungen einhergehen muss.“

Es ist auch für die Demokratie ein Erfolg, dass das Vermittlungsverfahren durchgeführt wurde und die Ampel nicht mit ihrer Trickerei durchgekommen ist: Der Versuch der Ampel, die Beteiligungsrechte der Länder zu umgehen, indem sie ein einheitliches Richtlinien-Umsetzungsgesetz nach der Ablehnung im Bundesrat zwischenzeitlich aufgespalten hatte, war verfassungsrechtlich höchst bedenklich.“



**Martin Plum:** „Die Union hat sich durchgesetzt: Ja zu einem starken Hinweisgeberschutz, nein zu überbordender Bürokratie. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen dürfen sich freuen: Sie erhalten durch die Streichung der Pflicht zur Bearbeitung von anonymen Meldungen und entsprechenden Meldekanälen mehr Flexibilität, die sie in schwierigen Zeiten dringend benötigen. Mit der Stärkung interner Meldewege, einer fairen Beweislastverteilung und dem größeren Spielraum bei den Löschfristen haben wir weitere wichtige Verbesserungen erreicht. Das Ergebnis ist ein besserer Hinweisgeberschutz.“

Fotos: Tobias Koch/ Gebhard Bückler

## „Deutschland kann Wasserstoffweltmeister werden“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bringt heute einen Antrag im Deutschen Bundestag ein, in dem sie die Bundesregierung auffordert, den Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen voranzubringen.

Die Ampel-Regierung hat die im Jahr 2020 von der unionsgeführten Bundesregierung verabschiedete Nationale Wasserstoffstrategie weder genutzt noch die für 2022 angekündigte Fortschreibung vorgelegt. So verspielen wir Zeit. Schlimmer noch: wir gefährden Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Klimaschutz gleichermaßen; wertvolle Zeit, die wir im globalen Wettbewerb um den Leitmarkt für Wasserstoff nur mit deutlich verstärkten Anstrengungen aufholen können.

Unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind klar:

Bei der Wasserstoffproduktion müssen wir sämtliche „Wasserstofffarben“, also sämtliche Erzeugungsarten in den Blick nehmen, die emissionsarm und perspektivisch emissionsfrei sind. Daher entwerfen wir ein größeres, ein „bunteres“ Bild. Auch die Wasserstoff-Infrastruktur muss entschlossen ausgebaut werden und europäisch vernetzt sein. Kurzum: breite Anwendungsfelder für Wasserstoff eröffnen Chancen für einen dynamischen Markthochlauf, während planwirtschaftliche politische Zuteilungen und Festlegungen von einzelnen Mengen für bestimmte Sektoren Deutschland lähmen und nicht voranbringen.

Dazu der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn: „Die Ampel vertrödelt den Wasserstoff-Hochlauf. Deutschland kann Wasserstoff-Weltmeister werden, die Voraussetzungen bei Industrie und Gasnetzen sind da. Dafür muss die Ampel aber Tempo machen und pragmatisch vorgehen. Bislang verliert sie sich im Kleinklein und Überregulierung.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2023,  
12. Mai 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck